

Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen

Factsheet zur Vorstellung der Studie, 21. Oktober 2024

Ziel der Studie

Im Mittelpunkt der Studie standen folgende Fragen: Wie kann das Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik gefördert werden? Wie kann die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit dieses für das Gemeinwesen so wichtigen Engagements erhöht bzw. gesichert werden?

Um diese Fragen zu beantworten, untersuchte die Studie Zugangswege, Motivations- und Erfolgsfaktoren ebenso wie Barrieren und Hindernisse sowie Erwartungen und Bedarfe bezüglich der Ausführung eines kommunalpolitischen Mandats in Sachsen.

Relevanz des Themas

Es handelt sich um eine zentrale demokratiepolitische Fragestellung, denn verschiedene Bevölkerungsgruppen sind in der Kommunalpolitik stark unterrepräsentiert – u. a. Frauen, junge Menschen, queere Personen sowie Menschen mit Migrationsbiografie, mit Behinderungen, mit Betreuungsaufgaben, aus bildungsfernen und weniger ressourcenstarken Bevölkerungsschichten. Wenn die Themen und Anliegen all dieser Menschen nicht ausreichend in den Blick genommen werden, wirkt sich dies nachteilig auf das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft und somit auf die Repräsentativität und die Stabilität der Demokratie aus.

Ausgangslage: Zahlen, Daten, Fakten

Im bundesweiten Vergleich des Anteils von Frauen in der Kommunalpolitik gehört Sachsen zu den Schlusslichtern. Nach der diesjährigen Kommunalwahl liegt der Anteil von Frauen bei 22 Prozent und damit etwas höher als in der vorhergehenden Wahlperiode. Damals lag er bei 20 Prozent (Stadt- und Gemeinderäte sowie Kreistage). Daraus kann geschlossen werden, dass die vielfältigen Initiativen und Veranstaltungen zur Förderung der Kandidatur von Frauen Erfolg gezeigt haben. Dennoch bleibt der Frauenanteil deutlich hinter dem bundesweiten Durchschnitt von 30 Prozent zurück (BMFSFJ (2023) Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland).

Im Zuge der Landtagswahlen in Sachsen im September 2024 ist der Anteil von Frauen im Sächsischen Landtag erneut leicht gesunken: Er lag im Jahr 2014 bei 31,7 Prozent und sank 2019 auf 27,7 Prozent, aktuell beträgt er 27,5 Prozent. Diese rückläufige Entwicklung zeigt sich auch in Thüringen und Brandenburg.

Zentrale Ergebnisse

Motivation, Zugangswege und Unterstützungsfaktoren

Kraft und Motivation für kommunalpolitisches Engagement ziehen Frauen vielfach aus dem Wunsch, sich für ihre Heimat einzusetzen und vor Ort etwas bewegen zu wollen – mit Blick auf die Kommunalwahl 2024 insbesondere dem Erstarken extrem rechter politischer Kräfte etwas entgegengesetzt zu wollen.

Zivilgesellschaftliches Engagement stellt einen wichtigen Startpunkt und Anstoß für den Weg in die Kommunalpolitik dar. Zusätzlich können Ansprache und Motivation durch Dritte ein entscheidender Faktor sein, um den Schritt zur Kandidatur tatsächlich zu gehen.

Für den Weg in ein Mandat oder Amt ist ein bestimmtes Persönlichkeitsprofil hilfreich: Starkes Selbstbewusstsein, Pragmatismus, Resilienz und ein ‚dickes Fell‘ scheinen Eigenschaften zu sein, die ein Engagement unter den aktuellen Rahmenbedingungen oft überhaupt erst praktikabel machen.

Kommen Förderung und Bestärkung durch eine Partei hinzu, wird ein Engagement begünstigt. In Parteien, wo Frauen mithilfe paritätischer Listen gefördert und auch Parteigremien gezielt weiblich besetzt sind, zeigen sich auch anteilig höhere Frauenanteile unter den Kandidierenden und Mandatsträgern.

Neben den Parteien sind es aktive Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen oder Personen aus dem privaten Umfeld der Frauen, die eine wichtige Rolle spielen. Ohne Fürsprecherin einer Partei, ohne einen unterstützenden Partner oder bestärkende Personen aus dem persönlichen Umfeld wäre so manche Frau, die heute in Sachsen kommunalpolitisch aktiv ist, nicht an diesen Punkt gekommen bzw. hätte sich inzwischen zurückgezogen.

Die aktiven Kommunalpolitikerinnen ziehen viel Kraft aus der Wirksamkeit ihres Engagements. Mit der eigenen Arbeit in der Kommunalpolitik etwas zum Positiven zu verändern, motiviert die Frauen und gibt ihnen Antrieb für die zuweilen zähe und fordernde Arbeit. Darüber hinaus zählen auch Frauennetzwerke in den Parteien sowie parteiübergreifende Netzwerke, Mentoring-Programme und Seminare zum stärkenden Umfeld der Kommunalpolitikerinnen.

Strukturelle Rahmenbedingungen

Frauen verfügen aufgrund gesellschaftlich verankerter Rollenbilder und der damit häufig verbundenen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern über weniger materielle und zeitliche Ressourcen. Frauen in Ostdeutschland haben aufgrund durchschnittlich höherer Erwerbstätigkeit noch weniger Zeit für politisches oder zivilgesellschaftliches Ehrenamt als Frauen in Westdeutschland.

Die geringe Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik lässt sich zu einem wesentlichen Teil auf Ungleichheiten und herausfordernde Rahmenbedingungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben mit dem Engagement zurückführen. Deshalb sind

Frauen vor allem in bestimmten Lebensphasen bzw. Altersgruppen – jedoch auch aus bestimmten Berufsgruppen und sozialen Schichten – in politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert. Dies kann dazu führen, dass sich die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik weiterhin primär an Männern und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen orientiert.

Die institutionellen Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Engagements stehen mit den Barrieren, die bezüglich der Vereinbarkeit mit Beruf, Familie und Privatleben bestehen, in unmittelbarer Wechselwirkung. Dazu gehören Sitzungszeiten, die in den Abendstunden liegen und teilweise bis tief in die Nacht andauern, aufwendige Vorbereitungszeiten und zusätzliche Termine mit Gruppierungen sowie Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Hinzu kommen besonders in ländlichen Regionen häufig lange Fahrtzeiten und mangelnde finanzielle Kompensation zusätzlich nötiger Kinderbetreuung.

Die aktuell gezahlten Aufwandsentschädigungen können den hohen zeitlichen Einsatz und die oft notwendige Reduzierung der Berufstätigkeit nicht kompensieren. Wenngleich diese Tatsache von den aktiven Kommunalpolitikerinnen überwiegend akzeptiert wird, erweist sich die geringe Aufwandsentschädigung bei systemischer Betrachtung als eines der zentralen Hemmnisse für Frauen. Insbesondere Frauen für aus schlechter bezahlten Berufen, Alleinerziehende aber auch Frauen, die eine finanzielle Abhängigkeit in der Partnerschaft vermeiden möchten, stellt sich die Frage, ob sie sich das Mandat leisten können. Dies betrifft nicht nur die aktuell zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, sondern auch Zukunftsperspektiven: Mit einer Reduzierung von Arbeitszeit sind Einbußen in der Altersvorsorge verbunden.

Und auch auf der inhaltlichen Ebene machen es die aktuellen Rahmenbedingungen den Frauen schwer, ihre kommunalpolitische Tätigkeit auszuüben. Um dem eigenen Anspruch an das Mandat gerecht zu werden und zu der gebotenen Vielzahl an Sachverhalten sprechfähig zu sein, wünschen sich viele mehr Unterstützung und Ressourcen insbesondere in der Verwaltung. Dies betrifft die Wissensvermittlung über Strukturen und Abläufe sowie die Aufbereitung der Themen und Beschlussvorlagen.

Abwertung und Ausgrenzung

Fast alle befragten Politikerinnen berichten von Erfahrungen mit Sexismus in der kommunalpolitischen Arbeit. Zudem verweisen viele der bisher nicht kommunalpolitisch aktiven Frauen auf ihre Angst vor Abwertung und Ausgrenzung – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklung – als Hinderungsgrund für eine Kandidatur an.

Sexismus begegnet den in der Studie befragten Kommunalpolitikerinnen und engagierten Frauen im Kontakt mit Parteikollegen, Ratsmitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern und den Medien. Teils wird er offensiv und absichtsvoll gegen sie gerichtet, teils subtil oder unbewusst. Dazu zählen sexistische Kommentare, Zweifel an ihrer Kompetenz und die Festlegung auf bestimmte, als typisch weiblich geltende Themen. Die Kommunalpolitikerinnen werden zudem als Person in ihrer Weiblichkeit und ihrer Mutterschaft infrage gestellt oder aufgrund

ihres Äußeren beurteilt. Dabei werden sie zugleich aus Netzwerken systematisch ausgeschlossen, in denen bereits vorab Absprachen über anstehende Themen und Beschlüsse getroffen werden.

Viele Frauen bauen angesichts dieser herausfordernden Gemengelage darauf, sich mit inhaltlicher Kompetenz Gehör und Akzeptanz zu verschaffen und klare Grenzen gegen sexistische Angriffe zu setzen. Das benötigt jedoch viel Energie und stellt neben der Arena der inhaltlichen Auseinandersetzungen im Rat eine zusätzliche Arena der Selbstbehauptung dar.

Gesellschaftliche Stimmung und politisches Klima

Die aktuelle politische Entwicklung, d. h. die skeptische Haltung vieler Menschen zur Demokratie, wie sie von einschlägigen Studien belegt wird, sowie die wachsende rechtsextreme Bedrohungslage in Sachsen, spiegeln sich in den Berichten der befragten Kommunalpolitikerinnen und zivilgesellschaftlich Engagierten wider. Die allgemeine gesellschaftliche Stimmung wird in den Interviews häufig als polarisiert beschrieben, teilweise sogar als bedrohlich. Das sich zuspitzende politische und gesellschaftliche Klima und die damit einhergehenden Anfeindungen und Bedrohungen drängen sich in ihrer Bedeutung als Barriere für kommunalpolitisches Engagement von Frauen zunehmend in den Vordergrund.

Mit dem Erstarren antidemokratischer und extrem rechter Bewegungen und Parteien wird der Ton im Rat zunehmend rauer und es mehren sich antifeministische Angriffe, die sich mit hoher Aggressivität gezielt gegen Frauen und weitere betroffene Personengruppen richten. Die Bandbreite reicht von unsachlichen Zwischenrufen bis hin zu sexistischen, rassistischen und queerfeindlichen Pöbeleien und Beleidigungen. Die Frauen beschreiben ihr Unverständnis darüber, dass solchen Anfeindungen im Rat teilweise zu wenig Einhalt geboten wird. Wegweisend zeigt die Studie einige Fälle auf, in denen es engagierten Ratsvorsitzenden mittels einer konsequenten Sitzungsleitung und der Unterstützung von Ratsmitgliedern gelingt, eine konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Mehrere Kommunalpolitikerinnen berichten, dass sie sich auch über den Kontext der unmittelbaren Ratsarbeit hinaus teilweise nicht mehr sicher fühlen und ein Klima der Angst entsteht. Kommunalpolitikerinnen aus ländlichen Räumen beschreiben diese Angst besonders eindrücklich: Die fehlende Anonymität, die einerseits ein Schutz sein und ein Sicherheitsgefühl vermitteln kann, wird hier andererseits zunehmend als Gefährdung für die persönliche Sicherheit erlebt. Dabei werden vor allem Gruppierungen wie die Freien Sachsen, die Reichsbürger sowie Mitglieder und Unterstützende der AfD als bedrohlich wahrgenommen.

Für den Umgang damit bzw. den Schutz vor Anfeindungen haben die Frauen unterschiedliche Strategien. Neben der Stärkung durch unterstützende Netzwerke setzen sich die Politikerinnen mit Strategien der Prävention und Gegenwehr auseinander. Sie informieren sich über Möglichkeiten, um sich persönlich zu schützen, und prüfen jeweils die strafrechtliche Relevanz, um Vorfälle zur Anzeige zu bringen. Informations- und Beratungsangebote sowie Ansprechpersonen auf Landesebene fungieren hier als wichtige Ressource.

Mehr Rückenstärkung wünschen sich die Politikerinnen außerdem von den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei geht es zum einen um die generelle Wertschätzung des kommunalpolitischen Engagements und der Ratsarbeit. Teilweise empfinden sie sich als ‚die da oben‘ diskreditiert und wünschen sich mehr Verständnis gegenüber den Belastungen und der Verantwortung, die sie als Kommunalpolitikerinnen auf sich nehmen. Zum anderen benötigen sie Solidarität und Unterstützung im Fall von öffentlichen Beleidigungen oder gar Angriffen. Die Studie zeigt mehrere Fälle auf, in denen die Kommunalpolitikerinnen in schwierigen Situationen viel Unterstützung durch die Bürgerschaft erhielten und davon eine sehr wichtige Stärkung ausging.

Die herausfordernde politische Situation führt teilweise auch zu einer Verstärkung des demokratischen Engagements. Mehrere langjährige Mandatsträgerinnen entschieden sich gerade deshalb für eine erneute Kandidatur. Viele engagieren sich in einer der zahlreichen Initiativen und Bündnisse für Offenheit, Toleranz und ein solidarisches Miteinander. Die Studie zeigt: Dort, wo sich Vereine, Gesprächsangebote aus der Kommunalpolitik oder andere beteiligungsorientierte Strukturen wie Runde Tische oder Beiräte seit Jahren etabliert haben, konnte Vertrauen und Zusammenhalt aufgebaut werden.

Handlungsempfehlungen

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse sowie weiterer einschlägiger Studien wurden zentrale Handlungsempfehlungen entwickelt. Diese verstehen sich als Aspekte einer Gesamtstrategie, welche die Vielfalt von Frauen mit ihren jeweiligen Hemmnissen in den Blick nimmt. Sie richten sich an eine Vielzahl von Adressaten, welche miteinander ihren Beitrag zur Stärkung einer geschlechtergerechten und vielfältigen Repräsentanz der Bevölkerung in der Kommunalpolitik leisten sollten.

1. Möglichkeiten politischer Bildung und Beteiligung schaffen:
Es braucht ein breites und vielfältiges Angebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Demokratieverständnis und Institutionenvertrauen wächst durch die Erfahrung von Anerkennung und Teilhabe – z. B. durch kommunale Beiräte und Runde Tische sowie anlassbezogene Formate der Bürgerbeteiligung.
2. Ehrenamtliches Engagement fördern:
Eine starke Zivilgesellschaft mit vielfältigen Initiativen und Vereinen ist der Zugang zur Kommunalpolitik und somit Voraussetzung dafür, dass der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik wachsen kann. Staatlichen Fördermittelgebern und Stiftungen kommt hier insbesondere in Ostdeutschland eine hohe Bedeutung zu.
3. Gleichstellungsstrukturen stärken:
Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten kommt vor Ort eine Schlüsselrolle zu, um Räume für die Vernetzung und Stärkung von Frauen zu schaffen. Sie müssen in ihrer Rolle gestärkt werden und benötigen dafür ausreichend zeitliche und finanzielle Ressourcen.
4. Frauen ermutigen und vernetzen:

Angesichts der Minderheitensituation, in der sich Frauen im politischen Engagement befinden, sind Möglichkeiten der Vernetzung, der Stärkung und des Austauschs eine sehr wichtige Ressource – insbesondere auch für die neu gewählten Mandatsträgerinnen. Parteiübergreifenden Programmen und Strukturen, wie z. B. ein Stiftungsmodell, kommt angesichts der vergleichsweise geringen Relevanz von Parteien eine besondere Bedeutung zu.

5. Parteikulturen geschlechtergerecht gestalten:
Der Bedeutungsverlust von Parteien ist in Sachsen besonders deutlich zu spüren. Sie müssen sich daher umso mehr um Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bemühen und eine Willkommenskultur und -struktur insbesondere für Frauen und weitere unterrepräsentierte Gruppen entwickeln.
6. Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern:
Es bedarf eines rechtlichen Rahmens für die Durchführung hybrider Ratssitzungen und die Möglichkeit einer Stimmabgabe. Sitzungen bedürfen einer klaren zeitlichen Begrenzung und einer konsequenten Sitzungsleitung. Möglichkeiten der Kompensation von Betreuungskosten müssen geschaffen und Aufwandsentschädigungen angemessen und landesweit einheitlich gestaltet werden. Es wird zudem eine Aufwertung von kommunalpolitischem Engagement durch die Vergabe von Rentenpunkten empfohlen.
7. Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen bieten:
Die Gewährleistung eines wirksamen Schutzes durch staatliche Institutionen ist von immenser Wichtigkeit. Kommunalpolitikerinnen müssen im Rat, in ihrem Lebensumfeld und im Internet besser vor Angriffen geschützt und im Falle eines Falles angemessen beraten und unterstützt werden. Eine Kampagne zur Sensibilisierung für Bedrohungen, denen Kommunalpolitikerinnen (und -politiker) ausgesetzt sind, könnte Menschen dafür gewinnen, ihre Vertreterinnen vor Ort zu stärken und zu schützen.
8. Intersektionale Perspektiven einbeziehen:
Frauen sind keine homogene Gruppe, sie unterscheiden sich z. B. in Hinblick auf ihre soziale Schicht und Lebensumstände, Bildung, Queersein, Behinderungen oder eine Migrationsgeschichte. Deshalb sollten spezifische Barrieren unterschiedlicher Frauen stärker adressiert und abgebaut werden, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Studiendesign

Für die qualitative Studie wurden zwischen Oktober 2023 und März 2024 Einzelinterviews und Fokusgruppendifkussionen mit folgenden Zielgruppen durchgeführt:

1. Amts-/ Mandatsträgerinnen aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten
2. Weibliche Parteimitglieder ohne kommunalpolitisches Mandat aus CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Freie Wähler
3. Zivilgesellschaftlich engagierte Frauen ohne kommunalpolitisches Mandat aus den Bereichen Bildung und Soziales sowie Sport, Freizeit und Kultur

Bei der Zusammensetzung der Stichprobe wurden zunächst Kriterien wie Alter, Wohnort (inkl. städtisch oder ländlich) und das aktuelle Amt bzw. Mandat berücksichtigt. Zudem wurden weitere lebensweltliche, biografische und andere Vielfaltsaspekte mit einbezogen. Die Berücksichtigung von Mitgliedern verschiedener Parteien ist überwiegend gut gelungen. Die Studie umfasst jedoch keine Stimmen von Mitgliedern der AfD, sodass zu deren Perspektiven auf die behandelten Themen keine Aussagen getroffen werden können.¹ Die Perspektiven von Mitgliedern des BSW sind lediglich vereinzelt eingeflossen, da zum Zeitpunkt der Datenerhebung die Trennung von Die Linke sowie die Parteigründung gerade erst begonnen. Insgesamt wurden 89 Personen aus den o. g. Zielgruppen befragt.

Impressum

Studie im Auftrag des Sächsisches Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Autorinnen der Studie

Kathrin Mahler Walther, Anna Sive, Lisa Hempe, Dr. Helga Lukoschat

Die Studie wurde von der EAF Berlin durchgeführt, einer unabhängigen und gemeinnützigen Forschungs- und Beratungsorganisation. Seit 1996 arbeitet die EAF Berlin an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu den Themen Chancengleichheit, Vielfalt und Frauen in Führungspositionen.

¹ Auf die sehr breit gestreute öffentliche Ausschreibung der Studie hin gab es unter den knapp 300 Einträgen in die Teilnehmerinnen-Datenbank keine Einträge von weiblichen Parteimitgliedern der AfD. Aufgrund der Einstufung des sächsischen AfD-Landesverbandes als gesichert rechtsextremistische Bestrebung wurde auf eine zusätzliche aktive Ansprache der Partei verzichtet.